

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Herausgeber/innen und Autorinnen und Autoren	XIX
Abkürzungen	XXI
Literatur	XXV

Teil 1

Materielles Recht: Der Prüfungs- und Entscheidungsmaßstab

Kapitel 1: Grundrechte des Kindes und der Eltern (Art. 6 Abs. 2 und 3, Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 GG)	3
I. Grundrechte des Kindes und der Eltern, Wächteramt des Staates	4
1. Grundrechte des Kindes	4
a) Recht des Kindes auf staatlichen Schutz	5
b) Recht des Kindes auf staatliche Gewährleistung elterlicher Pflege und Erziehung	5
2. Recht der Eltern auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder	6
3. Staatliches Wächteramt	7
a) Aufgaben des Jugendamts und des Familiengerichts	7
b) Abgrenzung zum „positiven Standard“	8
4. Geltendmachung von Kinderrechten, Verfassungsbeschwerde des Kindes	9
5. Art. 8 EMRK	10
6. Auswirkungen von ausdrücklichen Kinderrechten im Grundgesetz bei Kinderschutzverfahren?	11
II. Verhältnismäßigkeit der familiengerichtlichen Maßnahme	12
1. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	12
a) Geeignetheit	12
b) Erforderlichkeit	13
c) Angemessenheit	15
2. Besonders strenge Anforderungen bei Trennung eines Kindes von seiner Familie	15
3. Auswahl des Vormunds als integraler Bestandteil der Sorgerechtsentscheidung	16
4. Aufrechterhaltung der Trennung	17
5. Die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	18
Kapitel 2: Tatbestand der Kindeswohlgefährdung (§ 1666 Abs. 1, 1. Halbs. BGB)	23
I. Die Vorschrift des § 1666 BGB und ihr Kontext	23
II. Tatbestandsvoraussetzungen des § 1666 BGB	24
1. Kein Bezug auf Verschulden oder Kausalität	25
2. Eckpunkte zur Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs der Kindeswohlgefährdung ...	26
a) ... wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes ... gefährdet	26
b) Gegenwärtige und konkrete Gefahr	29

c) Eingetretener und zukünftiger Schaden	30
d) Erhebliche Schädigung	32
e) ... mit ziemlicher Sicherheit vorauszusagen	33
3. Mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit der Eltern, die Gefahr abzuwenden, als Tatbestandsmerkmal	36
II. Fallkonstellationen bei (vermuteter) Kindeswohlgefährdung	39
1. Überblick: Gefährdungsformen und Fallkonstellationen	39
2. Vernachlässigung als häufigster Anlass für die Anrufung des Familiengerichts	47
Kapitel 3: Rechtsfolgen bei Kindeswohlgefährdung (§ 1666 Abs. 1, 2. Halbs., Abs. 3, § 1666a BGB – Familiengerichtliche Maßnahmen)	52
I. Überblick	53
II. Die einzelnen Maßnahmen	58
1. Gebote, öffentliche Hilfen in Anspruch zu nehmen (§ 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB)	58
2. Gebote, für die Einhaltung der Schulpflicht zu sorgen (§ 1666 Abs. 3 Nr. 2 BGB)	59
3. Wohnungsnutzungs- und Aufenthaltsverbote (§ 1666 Abs. 3 Nr. 3 BGB), Kontaktverbote (§ 1666 Abs. 3 Nr. 4 BGB)	60
4. Ersetzung von Erklärungen des Inhabers der elterlichen Sorge (§ 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB) ..	61
5. Sonstige Verbote, Gebote, Weisungen und Auflagen	61
6. Teilweise oder vollständige Entziehung der elterlichen Sorge (§ 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB) ...	62
a) Teilweise Entziehung der elterlichen Sorge	62
b) Fremdunterbringung, §§ 1666, 1666a Abs. 1 Satz 1 BGB	63
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben	63
bb) Geeignetheit einer Fremdunterbringung	64
cc) Erforderlichkeit einer Fremdunterbringung	65
(1) Vorrang staatlicher Hilfen	65
(2) Einverständnis und Mitwirkungsbereitschaft der Eltern bei Fremdunterbringung	65
(3) Verbleibensanordnung	66
(4) Erteilen einer Sorgerechtsvollmacht	66
c) Vollständige Entziehung der Personensorge, §§ 1666, 1666a Abs. 2 BGB	67
d) Folgen familiengerichtlicher Eingriffe in die elterliche Sorge	67
aa) Bei gemeinsamer Sorge der Eltern zum Zeitpunkt der familiengerichtlichen Entscheidung	68
bb) Bei Alleinsorge eines Elternteils	68
cc) Anordnung einer Ergänzungspflegschaft/Vormundschaft	68
dd) Auswahl und Bestellung des Vormunds/Ergänzungspflegers	68
ee) Kein Ausschluss des Umgangsrechts	70
III. Verhältnis der einzelnen Maßnahmen zueinander	70

Teil 2

Verfahrensrecht: Einleitung, Gestaltung, Ablauf und Abschluss des Verfahrens

Kapitel 4: Die Anrufung des Familiengerichts durch das Jugendamt	73
I. Voraussetzungen der Anrufung des Familiengerichts durch das Jugendamt	73
1. Anrufung bei nach Einschätzung des Jugendamts feststehender Kindeswohlgefährdung ..	74
2. Anrufung des Familiengerichts im Vorfeld der Feststellung einer Kindeswohlgefährdung ..	76
II. Form der Anrufung des Familiengerichts durch das Jugendamt	77
1. Kein „Antrag“, sondern „Anregung“	77
2. Kein Unterschied zwischen Anrufung nach § 8a Abs. 2 SGB VIII und Anrufung wegen eines Verfahrens nach § 1666, 1666a BGB	77
3. Das Deckblatt	78
III. Inhalt der familiengerichtlichen Anrufung: Die fachliche Stellungnahme des Jugendamts	79
1. Gliederungsvorschlag	79
2. Beachtenswerte Eckpunkte beim Abfassen der Stellungnahme des Jugendamts	81
Kapitel 5: Einleitung von Amts wegen	84
I. Amtsverfahren und Antragsverfahren: Bedeutung der Unterscheidung	84
II. Anregung (§ 24 FamFG) und Vorermittlungen	87
III. Einleitungsschwelle bei Kindesschutzverfahren	89
IV. Regelmäßig keine isolierte Einleitung nur eines Verfahrens der einstweiligen Anordnung	92
V. Beendigung des Kinderschutzverfahrens als Amtsverfahren	93
Kapitel 6: Hauptsacheverfahren und Verfahren der einstweiligen Anordnung	95
I. Das Nebeneinander von Hauptsacheverfahren und Verfahren der einstweiligen Anordnung ...	95
1. Hauptsacheverfahren, Hauptsacheentscheidung, richterliche Überzeugung und der Faktor Zeit	95
2. Die einstweilige Anordnung als Instrument des effektiven vorläufigen Kindesschutzes	97
II. (Isolierte) einstweilige Anordnung ohne Hauptsacheverfahren in Kindesschutzsachen?	99
III. Einstweilige Anordnung und Inobhutnahme	100
IV. Die einstweilige Anordnung (Einzelheiten)	101
1. Zuständiges Gericht	101
2. Einleitung des Verfahrens der einstweiligen Anordnung von Amts wegen	103
3. Dringendes Bedürfnis für ein sofortiges Tätigwerden (Anordnungsgrund)	103
4. Materielle Rechtsgrundlage (Anordnungsanspruch)	103
5. Besonderheiten des Anordnungsverfahrens (im Vergleich zum Hauptsacheverfahren)	104
6. Kein Handlungsermessen des Familiengerichts	106
7. Aufhebung und Abänderung der einstweiligen Anordnung	106

8. Anfechtbarkeit (Beschwerde)	106
9. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	107
Kapitel 7: Amtsermittlungspflicht des Gerichts (§ 26 FamFG), inkl. Frei- und Strengbeweis	108
I. Bedeutung und Tragweite der richterlichen Amtsermittlungspflicht	109
1. Richterliche Sachaufklärung als Gebot des Rechtsstaatsprinzips	109
2. Ermitteln und entscheiden: Doppelfunktion und Rollenkonflikt	109
II. Die richterliche Amtsermittlung im Einzelnen	110
1. Der Richter erforscht, sammelt und verifiziert den Verfahrensstoff	110
2. Die Beteiligten sind in die Beschaffung des Tatsachenstoffs eingebunden	112
a) Mitwirkungspflicht der Beteiligten	112
b) Beteiligtenrechte: System von Checks and Balances	112
3. § 26 FamFG gibt keine Eingriffsermächtigung	113
4. Beweiserhebung (Freibeweis und Strengbeweis)	113
Kapitel 8: Anhörungs- und Erörterungstermine (inkl. § 157 FamFG)	116
I. Systematik	116
1. Erörterung und persönliche Anhörung als zentrale Bestandteile des prozesshaften Geschehens	116
2. Keine mündliche Verhandlung	117
3. Erörterungstermin	117
4. Anhörungstermin (persönliche Anhörung)	118
5. Einfache Anhörung	118
6. Kombiniert-einheitlicher Anhörungs- und Erörterungstermin	118
II. Der Anhörungs- und Erörterungstermin	119
1. Spätestens einen Monat nach Beginn des Verfahrens	119
2. Gegenstand der Erörterung	120
3. Funktion der persönlichen Anhörung	123
4. Vorbereitung des Termins	124
5. Sitzordnung im Gerichtssaal	125
6. Gestaltung des Ablaufs	125
7. Terminsvermerk	127
8. Wie geht es nach dem (frühen) Anhörungs- und Erörterungstermin weiter?	128
III. Die persönliche Anhörung des Kindes (§ 159 FamFG)	130
1. Ab welchem Alter?	131
2. Absehen von der persönlichen Anhörung	131
3. Zeitpunkt	132
4. Gestaltung	132
5. Vermerk	133
6. Zur Erzwungung des Erscheinens des Kindes	134

IV.	Die Erörterung der Kindeswohlgefährdung auch mit dem Kind (geeignete Fälle)	135
V.	Die persönliche Anhörung eines Beteiligten in Abwesenheit der übrigen Beteiligten	135
VI.	„Soll“ – Absehen von persönlicher Anhörung, Absehen von Erörterung	136
Kapitel 9: Jugendamt und Verfahrensbeistandschaft (Aufgaben und Rollen)		137
I.	Jugendamt	138
1.	Die sozialpädagogische Fachkompetenz	138
2.	Mit eigenen Verfahrensrechten „muss-beteiligte“ Behörde	141
3.	Nicht die Ermittlungsbehörde des Familiengerichts	142
II.	Verfahrensbeistand	143
Kapitel 10: Das (psychologische, psychiatrische, allgemeinmedizinische etc.) Sachverständigengutachten		146
I.	Wozu dient ein Sachverständigengutachten <i>nicht</i> ?	147
II.	Wann ist ein Sachverständigengutachten in Kindesschutzsachen erforderlich?	147
III.	Keine Anordnung, auf die Herstellung des Einvernehmens zwischen den Beteiligten hinzuwirken (§ 163 Abs. 2 FamFG)	150
IV.	Rechtliches Gehör der Beteiligten zur beabsichtigten Einholung des Sachverständigengutachtens	151
V.	Förmlicher Beweisbeschluss	152
VI.	Welche Fragen sind dem Sachverständigen zu stellen?	153
1.	Unmittelbare und mittelbare Bedeutung der Beweisfrage(n)	153
2.	Beweisfrage(n) bei Geschwisterkindern	154
3.	Häufiger Fehler: Nur die Erziehungsfähigkeit der Eltern wird begutachtet	154
4.	Häufiger Fehler: Falscher Entscheidungsmaßstab (§ 1671 BGB ↔ §§ 1666, 1666a BGB) ..	155
5.	Keine „Empfehlungen“ des Sachverständigen, wie zu entscheiden ist	156
6.	Fall-individuelle und Kind-individuelle Fragen	157
7.	Beispiele für Beweisfragen	157
VII.	Auswahl des Sachverständigen	161
VIII.	Leitung der Sachverständigentätigkeit durch das Gericht (und Weisungen)	162
1.	Audio-Video-Aufzeichnungen/Begleitpersonen	162
2.	Mitwirkung der Eltern	163
3.	Einbeziehung des Kindes	164
4.	Eigene Ermittlungen des Sachverständigen	165
IX.	Wie ist das (schriftliche) Sachverständigengutachten in das Verfahren einzubringen?	166
1.	Gelegenheit zur Stellungnahme, § 30 Abs. 4 FamFG	166
2.	Mündliche Erläuterung des schriftlichen Gutachtens in einem Termin	166
3.	Auswertung des Gutachtens	167

Kapitel 11: Vorrang- und Beschleunigungsgebot	170
Kapitel 12: Die Endentscheidung	173
I. Entscheidung durch Beschluss	173
II. Aufbau und Inhalt des Beschlusses	174
1. Überschrift und Beschlusseingang (Rubrum)	174
2. Beschlussformel	177
a) Regelung des Verfahrensgegenstands	177
aa) Maßnahme gem. § 1666 BGB	177
bb) ggf. Anordnung der Herausgabe	177
cc) Anordnung, Auswahl und Bestellung des Vormunds	178
b) Kostenentscheidung	179
3. Begründung	180
a) Begründungsstruktur	180
aa) Voraussetzung: Erfüllung der beiden Tatbestandsmerkmale des § 1666 Abs. 1 BGB	181
bb) Rechtsfolge: Verhältnismäßige Maßnahme gem. §§ 1666 Abs. 3, 1666a BGB	182
b) Bezugnahme auf das Sachverständigengutachten und die Stellungnahme des Jugendamts	183
c) Keine Feststellung zur Rechtmäßigkeit einer vorangegangenen Inobhutnahme	184
d) Rechtsmittelverzicht?	186
4. Rechtsbehelfsbelehrung	187
a) Fristen	187
b) Wiedereinsetzung	187
III. Wirksamkeit des Beschlusses	188
1. Bekanntgabe an den Beteiligten, für den er seinem wesentlichen Inhalt nach bestimmt ist	188
2. Bekanntgabe an das Kind	188
3. Bekanntgabe an das Jugendamt	189
IV. Andere Möglichkeiten der Verfahrensbeendigung?	190
1. Keine Verfahrensbeendigung durch Antragsrücknahme, Erledigterklärung	190
2. Keine Verfahrensbeendigung durch einen förmlichen Vergleich	190
3. Verfahrensbeendigung bzw. -fortgang nach einem Erörterungstermin gem. § 157 FamFG	193
V. Anordnung des Familiengerichts gegenüber dem Jugendamt, eine bestimmte Hilfe zu gewähren?	194
Kapitel 13: Beschwerde und Rechtsbeschwerde	197
I. Begriffe, Funktionen, Bedeutung	197
1. Beschwerde	197
2. Rechtsbeschwerde	200
3. Verfassungsbeschwerde und Menschenrechtsbeschwerde	201

II.	Wer kann Beschwerde einlegen (Beschwerdeberechtigung/Beschwer/Befugnis, Rechtsmittel einzulegen)?	201
1.	Eltern	202
a)	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	202
b)	Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	203
2.	Kind	205
3.	Verfahrensbeistand	206
4.	Jugendamt	206
5.	Vormund/Ergänzungspfleger: Beschwerde (nur) gegen die Auswahlentscheidung (§ 1779 BGB)	208
6.	Großeltern und andere Verwandte	210
7.	Pflegeeltern	210
III.	Wie ist die Beschwerde einzulegen (Form und Frist)?	211
IV.	Beschwerdebegründung	212
V.	Beschwerdeverfahren vor dem OLG	214
1.	Prüfung der Zulässigkeit der Beschwerde	214
2.	Beschwerdeverfahren bei zulässiger Beschwerde	214
VI.	Beschwerdeentscheidung	216
VII.	Außerordentliche Rechtsbehelfe: Verfassungsbeschwerde und Menschenrechtsbeschwerde	217
1.	Verfassungsbeschwerde	217
a)	Zum BVerfG nach dem GG	217
b)	Zu den Landesverfassungsgerichten nach der jeweiligen Landesverfassung	219
2.	Beschwerde zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	220
	Kapitel 14: Die Kosten des Verfahrens (inkl. Verfahrenskostenhilfe)	221
I.	Kosten und Kostentragung in Kindesschutzverfahren	222
1.	Definition der Kosten	222
a)	Gebühren	222
b)	Auslagen	223
c)	Zur Durchführung des Verfahrens notwendige Aufwendungen der Beteiligten	223
d)	Problemfall: mehrere Gebührentatbestände/Verfahrensgegenstände?	225
2.	Kostengrundentscheidung je Instanz und je Verfahren	227
II.	Erstinstanzliche Entscheidung des Familiengerichts	227
1.	Allgemeine Regelung	227
2.	Kostenauferlegung auf das Jugendamt?	228
III.	Beschwerdeentscheidung des Oberlandesgerichts	230
1.	Allgemeine Regelung	230
2.	Kostenauferlegung auf das Jugendamt?	230

IV.	Verfahrenskostenhilfe	231
1.	Bedürftigkeit	231
2.	Hinreichende Erfolgsaussicht und fehlende Mutwilligkeit der Rechtsverteidigung	232
3.	Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage erfordert die Vertretung durch einen Rechtsanwalt	232
4.	Besonderheiten im Beschwerdeverfahren	234
Kapitel 15: Wie weiter nach der Endentscheidung? (inkl. Überprüfung/ Abänderungsverfahren)		235
I.	Handlungsmöglichkeiten und -pflichten des Jugendamts bei abweichender Einschätzung	236
1.	Prüfen einer Beschwerde	236
2.	(Weiter-)Gewährung einer aus Sicht des Jugendamts nicht geeigneten ambulanten Hilfe?	238
3.	Erneute Inobhutnahme?	240
II.	Überprüfungs- und Abänderungsverfahren	241
1.	Keine materielle Rechtskraft von Kinderschutzentscheidungen	241
2.	Überprüfung und Abänderung von Entscheidungen in der Hauptsache (§ 1696 Abs. 2 BGB, § 166 Abs. 2 und 3 FamFG)	241
a)	... wenn das Familiengericht eine Maßnahme gem. § 1666 Abs. 3 BGB getroffen hat	242
aa)	Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Abänderung einer getroffenen Maßnahme	242
bb)	Zeitpunkt der Überprüfung	243
b)	... wenn das Familiengericht keine Maßnahme gem. § 1666 Abs. 3 BGB getroffen hat	244
c)	Amtsermittlungspflicht des Familiengerichts	244
d)	Verhältnis zu § 54 FamFG	245
e)	Örtliche Zuständigkeit	245
aa)	... des Familiengerichts	245
bb)	... des Jugendamts	246
f)	Praktische Umsetzung	246
III.	Überwachung der Einhaltung familiengerichtlicher Ge- und Verbote durch das Familiengericht und das Jugendamt	247
1.	Überprüfungspflicht des Familiengerichts	247
2.	Überwachungspflicht des Jugendamts	248
a)	... im Rahmen des Schutzauftrags?	248
b)	... im Rahmen einer Hilfe zur Erziehung?	249
c)	... als Teil der Mitwirkungsaufgabe des Jugendamts?	251
IV.	Zusammenfassung	251

Teil 3

Datenschutz und Datenaustausch zwischen den Akteuren

Kapitel 16: Datenschutzrechtliche Vorgaben für Familiengericht und Jugendamt im Überblick	255
I. Vorbemerkungen	255
II. Verhältnis der DSGVO zu den Regelungen im FamFG und im SGB	256
III. Verantwortlicher i.S.d. DSGVO und zu schützende Daten	257
IV. Verhältnis datenschutzrechtlicher Regelungen zur Pflicht zur Amtsermittlung	258
Kapitel 17: Die Anrufung des Familiengerichts aus datenschutzrechtlicher Perspektive	260
I. Die Anrufung des Familiengerichts durch das Jugendamt	260
1. Datenerhebung und Anrufung des Familiengerichts	260
2. Datenübermittlung zur Anrufung des Familiengerichts	262
3. Datenschutzrechtliche Vorgaben für den Umgang des Familiengerichts mit ihm zur Anrufung übermittelten Sozialdaten aus dem SGB	265
4. Anrufung des Familiengerichts durch die Fachkraft, die die Aufgaben des Jugendamts als Vormund/Pfleger wahrnimmt	266
II. Anregung eines familiengerichtlichen Verfahrens durch Berufsheimnisträger und Fachkräfte eines Trägers der freien Jugendhilfe	267
Kapitel 18: Amtsermittlungen für ein Kindesschutzverfahren aus datenschutzrechtlicher Perspektive	270
I. Die weitere Mitwirkung des Jugendamts aus datenschutzrechtlicher Perspektive	270
1. Vorgaben für die Datenerhebung	271
2. Vorgaben für die Datenübermittlung	272
II. (Daten-)Beweiserhebung durch das Familiengericht	274
1. Vorgaben für die (Daten-)Beweiserhebung durch das Familiengericht	274
2. Zeugnisverweigerungsrecht von Auskunftspersonen nach §§ 29 Abs. 2, 30 FamFG i.V.m. § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO	275
3. Beiziehung von Akten aus anderen gerichtlichen Verfahren	278
III. Exkurs: Datenerhebung durch Verfahrensbeistände und Sachverständige	282
Kapitel 19: Datenübermittlung im Verfahren	285
I. Datenübermittlung an die Beteiligten/den Sachverständigen durch das Familiengericht	285
II. Exkurs: Datenübermittlung durch Verfahrensbeistand und Sachverständigen an das Familiengericht	286
III. Verbindung von Verfahren	287

Teil 4

Kinder-, jugend- und familienpsychologisches Wissen

Kapitel 20: Human- und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse im familiengerichtlichen Verfahren: Bedeutung und Probleme	291
Vorbemerkung	291
I. Bedeutung human- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse im Kinderschutzverfahren	291
II. Probleme beim Umgang mit human- und sozialwissenschaftlichem Wissen in familiengerichtlichen Kinderschutzverfahren	294
Kapitel 21: Formen von Kindeswohlgefährdung	298
I. Unterscheidung zwischen Tun und Unterlassen	298
II. „Klassische“ Gefährdungsformen	300
III. Belastungserfahrungen: Miterleben von Partnerschaftsgewalt und Hochstrittigkeit	301
IV. Weitere Risikolagen, insbesondere Missbrauchs- oder Kinderpornografietäter	304
V. Kumulation von Gefährdungsformen	306
Kapitel 22: Ursachen von Kindeswohlgefährdung	307
I. Ursachen/Risikofaktoren für Misshandlung bzw. Vernachlässigung	307
II. Ursachen/Risikofaktoren für innerfamiliäre sexualisierte Gewalt	317
Kapitel 23: Folgen von Gefährdungserfahrungen	321
I. Fortlaufende Schädigungsprozesse beim Kind	322
II. Eintrittswahrscheinlichkeit einer Schädigung bei chronischen Gefährdungen?	326
III. Effekte von Fremdunterbringungen	329
Kapitel 24: Vorgehen im Einzelfall	331
I. Wenn Informationen zur Qualität alltäglicher Fürsorge und Erziehung gesammelt werden müssen	332
1. Arten der Informationserhebung	333
2. Beschreibung der „Erziehungsfähigkeit“	339
II. Wenn im Raum stehende herausgehobene Gefährdungsergebnisse abgeklärt werden müssen	342
1. Möglichkeiten der Sachverhaltsermittlung	342
2. Vorgehen bei der Anhörung von Kindern	348
III. Wenn strittig ist, wie die Situation im Hinblick auf die Gefährdungsschwelle bewertet werden kann	352
IV. Wenn die Bereitschaft und Fähigkeit von Sorgeberechtigten zur Abwehr der Gefahr unklar ist	357
V. Einholung von Sachverständigengutachten	359

Kapitel 25: Wirkung von Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren 362

I. Befundlage 362

II. Auswahl von Hilfe- und Schutzkonzepten 365

1. Ausschluss ambulanter Hilfe- und Schutzsysteme 365

2. Erfolgsfaktoren bei ambulanten Hilfen 366

3. Elemente erfolgreicher Schutzkonzepte 368

Kapitel 26: Kommunikation mit Kindern im Verfahren 370

I. Entwicklung der Kommunikationsfähigkeit von Kindern 371

II. Information des Kindes über Gegenstand, Ablauf und möglichen Ausgang des Verfahrens 374

III. Aufbau der Anhörung 376

Anhang 381

Stichwortverzeichnis 395